

NIEDERSCHRIFT Rat/017/2011

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 18.10.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Hans-Joachim Dübbel-
de
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Thomas Schulze Tem-
ming
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Frau Sarah Bosse-Berger
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Hubert Maas
Herr Helmut Geuking

Entschuldigt fehlen:

Herr Jürgen Brunn
Herr Helmut Knüwer

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Hundesteuersatzung der Stadt Billerbeck

Herr Dübbelde erklärt, dass er den Sinn und Zweck der Hundesteuer nicht nachvollziehen könne und deshalb nicht zustimmen werde. Außerdem sollte in § 9 „Ordnungswidrigkeiten“ angegeben werden, welches Bußgeld jemand zu erwarten habe, wenn er eine Ordnungswidrigkeit begehe.

Herr Melzner teilt mit, dass Bußgelder aufgrund gesetzlicher Vorgaben erhoben werden und nicht alle Gesetze in einer Satzung aufgeführt werden könnten.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die der Sitzungsvorlage zur Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung am 27.09.2011, TOP 1 ö. S., beigefügte Hundesteuersatzung wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

- Der in § 2, Buchstabe d, vorgesehene Steuersatz wird auf 150,00 € festgesetzt.
- Der in § 2, Buchstabe e, vorgesehene Steuersatz wird auf 190,00 € festgesetzt.
- In § 3, Abs. 4, wird die Formulierung „Absatz 3“ in „Absatz 2 und 3“ geändert.
- In § 4 werden die Ermäßigungsvoraussetzungen unter Ziffer (2) vollständig gestrichen. Die bisherige Ziffer (3) wird Ziffer (2) und die bisherige Ziffer (4) wird Ziffer (3).

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

3. Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Billerbeck

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Vergnügungssteuersatzung wird in der der Sitzungsvorlage zur HFA-Sitzung vom 27.09.2011, TOP 2 ö. S., beigefügten Fassung beschlossen mit folgender Änderung:

Der Steuersatz nach § 7, Abs. (5), Ziffer 3, wird auf 500,00 € festgelegt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Schulspeisung

Frau Dirks teilt mit, dass die Verwaltung sich auftragsgemäß um ein Sponsoring für den Kastenwagen kümmere.

Herr Messing ergänzt, dass er nach Gesprächen mit Vertretern der ortsansässigen Banken zuversichtlich sei, dass eine finanzielle Unterstützung gewährt werde.

Beschluss:

Den Investitionsmaßnahmen in Höhe von 30.000,00 € (Küchengeräte) für die Erweiterung der Mensaküche wird zugestimmt.

Der Anschaffung eines Kastenwagen für die Auslieferung der Essen bis zu einem Preis von 15.000,00 € wird zugestimmt.

Die Personalmaßnahmen werden als erforderlich angesehen und im nächsten Stellenplan berücksichtigt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Berufung von Mitgliedern für den Schul- und Sportausschuss

Herr Kleideiter stellt den Antrag, getrennt über die Berufung der vorgeschlagenen Personen abzustimmen.

Diesem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

Frau Weiss wird als Vertreterin der Geschwister-Eichenwald-Realschule in den Schul- und Sportausschuss berufen.

Stimmabgabe: einstimmig

Frau Köning wird als Vertreterin der Ludgeri-Grundschule-Billerbeck in den Schul- und Sportausschuss berufen.

Stimmabgabe: 21 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

6. **Netzwerk Innenstadt**
hier: Entscheidung über die weitere Mitgliedschaft
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck bleibt weiterhin Mitglied im Netzwerk Innenstadt NRW.

Stimmabgabe: 19 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen

7. **Aufstellung eines Rahmenplanes zur Steuerung von gewerblichen Tierhaltungsbetrieben in Billerbeck**
hier: Ergebnis des Runden Tisches
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Entwurf des Rahmenplanes zur Steuerung von gewerblichen Tierhaltungsbetrieben in Billerbeck soll den beteiligten Vereinen und Organisationen (der Bürgerinitiative, dem IfA und den landwirtschaftlichen Verbänden) vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden. Im Anschluss daran erfolgt eine Beratung am Runden Tisch.

Stimmabgabe: 24 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

8. **38. Änderung des Flächennutzungsplanes -Sondergebiet Darfelder Straße-**
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 3. August 2011 zur 38. Änderung des Flächennutzungsplanes –Sondergebiet Darfelder Straße- wird genehmigt.

Stimmabgabe: 14 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen

9. **38. Änderung des Flächennutzungsplanes -Sondergebiet Darfelder Straße- und 3. Änderung des Bebauungsplanes "Darfelder Straße"**
hier: Ergebnis der Offenlage und Satzungsbeschluss
Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Den Anregungen der Telekom und des Fachdienstes Altlasten des Kreises Coesfeld wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für

den Abbruch gefolgt.

2. Die 38. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Billerbeck „Sondergebiet Darfelder Straße“ nebst Begründung mit den Anhängen (Umweltbericht und Verträglichkeitsanalyse) wird beschlossen.
3. Die Genehmigung nach § 6 Abs. 1 BauGB ist bei der höheren Verwaltungsbehörde einzuholen.
4. Die Erteilung der Genehmigung ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
5. Gemäß § 8 Abs. 3 BauGB wurde die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ parallel mit der Flächennutzungsplanänderung aufgestellt. Nach Genehmigung dieser 38. Änderung des Flächennutzungsplanes wird der Bebauungsplan aus ihm entwickelt sein.
6. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung mit den Anhängen (Umweltbericht, Verträglichkeitsanalyse und Schalltechnischer Bericht).
7. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist nach Inkrafttreten der Flächennutzungsplanänderung ortsüblich bekannt zu machen, dass die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: 14 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen

**10. Antrag der FDP-Fraktion vom 5. Mai 2011
hier: Sachklärung von unkonventioneller Gasförderung im Münsterland**

Frau Dirks verweist auf die der Einladung beigefügten Ausführungen der Bezirksregierung Arnsberg.

Frau Rawe weist darauf hin, dass die Bürgermeister im Kreis Borken sich in einer gemeinsamen Erklärung vom 12. Oktober 2011 gegen das Fracking ausgesprochen haben und regt an, dass die Bürgermeister des Kreises Coesfeld ebenfalls eine solche Erklärung abgeben, um ein Zeichen zu setzen.

Frau Dirks berichtet, dass sie das Thema bereits angesprochen habe, die Kollegen aber derzeit keinen Bedarf sähen, weil der Kreis Coesfeld nicht betroffen sei. Sie werde aber anregen, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Bürgermeisterkonferenz zu setzen.

Nachdem Herr Schlieker und Herr Flüchter deutlich machen, dass sich die Stadt Billerbeck zumindest positionieren sollte, stellt Herr Becks den

Antrag, einen Beschluss zu fassen, dass das Fracking nicht gewollt ist.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Billerbeck lehnt das Vorhaben des Unternehmens Exxon Mobile, auch im Stadtgebiet von Billerbeck Erdgas aus sogenannten „Unkonventionellen Lagerstätten“ unter Einsatz des „Hydraulic Fracturing“ (Fracking) zu gewinnen ab.

Stimmabgabe: einstimmig

**11. Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Billerbeck
Änderung der Finanzplanung und des Vermögensplanes des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck**

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Betriebsausschuss keinen Beschlussvorschlag gefasst habe, weil zunächst noch einmal in den Fraktionen beraten werden solle.

Der Rat schließt sich dieser Auffassung an.

**12. Anregung gem. § 24 GO NW
hier: Windkraftanlagen im Bereich Temming**

Frau Dirks teilt ergänzend mit, dass sie am vergangenen Freitag den Brief einer Familie von der Beerlage erhalten habe. Diese Familie habe die vorliegende Stellungnahme eines Teils der Beerlager Bürger mit unterschrieben und mache ergänzend deutlich, dass sie grundsätzlich nicht gegen erneuerbare Energien sei, allerdings große Sorge habe, wenn Fremdunternehmen ohne Rücksicht auf die Anlieger einen weiteren Windpark errichteten. Sie könnten sich aber durchaus vorstellen, einem Bürgerwindpark zuzustimmen.

Herr Fehmer führt aus, dass er die Sorgen der Bürger nachvollziehen könne. Seitens des Rates sei immer deutlich gemacht worden, dass man bei der Errichtung eines Bürgerwindparks auf ein möglichst großes gemeinschaftliches Engagement angewiesen sei und keine Fremdinvestoren wolle. In der Stadt Billerbeck gebe es neben der Beerlage noch andere Bereiche, in denen Bürgerwindparks entstehen könnten. Hierüber müsse zu gegebener Zeit beraten und dabei die Anregungen und Stellungnahmen der Bürger gewichtet werden.

Herr Dittrich betont ebenfalls, dass nur gemeinsam mit den Bürgern vorgegangen werden dürfe. Die Eingaben müssten in dem Prozess thematisiert werden.

Die Unterschriftenliste zeige, wie sensibel das Thema ist, so Herr Schlieker. Die Grünen stünden nach wie vor zur Windenergie, aber nicht gegen den Willen der Anwohner. Außerdem solle der Ertrag in der Region blei-

ben, sie wollten keine fremden Investoren. Im zuständigen Ausschuss müsste aber noch genau definiert werden, welche Abstände gemeint seien, wenn Bürger „in der Umgebung“ entscheiden sollen oder wie viele Bürger mit „breiter Mehrheit“ gemeint seien.

Herr Becks merkt kritisch an, dass er den Brief nicht kenne. Hier hätten sich Bürger gegen den Bau von Windkraftanlagen ausgesprochen, es gebe aber auch Bürger, die dafür seien.

Frau Dirks interpretiert die Stellungnahme als eine Information. Man befinde sich in einem Prozess, an dessen Ende entschieden werden müsse, ob ein Windpark errichtet wird oder nicht.

Dafür müssten aber die von Herrn Schlieker angesprochenen Fragen im zuständigen Fachausschuss geklärt und Vorgaben festgelegt werden, so Frau Rawe. Alle Anfragen müssten gleichbehandelt werden.

Herr Fehmer führt an, dass es im Moment noch nichts Greifbares gebe. Anwohner äußerten ihre Sorgen für den Fall, dass irgendwann etwas entstehen könnte. Ohne einen konkreten Antrag sei die Unterschriftenliste nicht sehr hilfreich. Wenn die Bürger wüssten, dass es um einen Bürgerwindpark gehe, sei deren Einstellung eine ganz andere als bei Fremdinvestoren. Eine Diskussion im Ausschuss sei ohne konkrete Planung schwierig.

Herr Geuking stimmt den Ausführungen von Herrn Fehmer zu, weist aber darauf hin, dass über eine Anregung nach § 24 Gemeindeordnung entweder abgestimmt oder die Anregung an einen Ausschuss verwiesen werden müsse. Dadurch, dass die Eingabe als Anregung nach § 24 gewertet werde, vergebe man sich die Chance, hierüber zu diskutieren, da ja schnellstmöglich eine Entscheidung getroffen werden müsse. Er stelle den Antrag, die Stellungnahme der Bürger als Eingabe zu werten und nicht als Anregung nach § 24 GO.

Frau Dirks erläutert, dass der Rat eine Anregung an den Ausschuss verweisen könne. Das bedeute aber nicht, dass zu der Bürgeranregung ja oder nein gesagt werden müsse. Der Ausschuss könne die Anregung als Grundlage in die weiteren Beratungen einbeziehen.

Frau Dirks lässt über den Antrag des Herrn Geuking abstimmen. Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 24 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Anregung gem. § 24 GO NW; hier Windkraftanlagen im Bereich Temming wird an die zuständigen Ausschüsse (Bezirksausschuss, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten) verwiesen.

Stimmabgabe: 24 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

13. Mitteilungen

13.1. Einladung der Gemeinde Laer zur Einweihung des Radweges Holthausen - Beerlage - Frau Dirks

Frau Dirks verweist auf die allen vorliegende Einladung der Gemeinde Laer zur Einweihung des Bürgerradweges am 22. Oktober 2011, 11:00 Uhr auf dem Hof Ahmann. Hierzu seien alle Ratsmitglieder herzlich eingeladen.

13.2. Masterplan Breitband - Frau Dirks

Frau Dirks teilt mit, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Coesfeld Landesmittel zur Erstellung eines kreisweiten Masterplanes zur Breitbandkonzeption erhalten habe. Der Masterplan werde jetzt für das gesamte Kreisgebiet erstellt.

13.3. "Zukunftsfaktor Bürgerengagement" - Frau Dirks

Frau Dirks berichtet, dass sich Billerbeck und Havixbeck gemeinsam im Rahmen des Projektes „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ als Pilotkommunen beworben hätten. Dabei handele es sich um eine Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien in NRW. Insgesamt würden 10 Pilotkommunen ausgewählt. Die Entscheidung werde Ende November getroffen

13.4. Einführung einer Katzensteuer - Herr Melzner

Herr Melzner teilt zu der von Herrn Maas angeregten Einführung einer Katzensteuer mit, dass der Städte- und Gemeindebund auf Nachfrage mitgeteilt habe, dass die Einführung einer Katzensteuer grundsätzlich möglich sei, diese in Nordrhein-Westfalen allerdings in keiner Kommune erhoben werde. Bei Einführung wäre nach dem Kommunalabgabengesetz eine Genehmigung des Innen- und Finanzministers erforderlich. Bisher sei eine solche Genehmigung noch nicht erteilt worden. Seitens des Städte- und Gemeindebundes werde von der Einführung einer Katzensteuer abgeraten, weil der Ertrag äußerst gering und der Verwaltungsaufwand sehr hoch sei.

13.5. Gründungsforum Stadt Lüdinghausen/Kreis Coesfeld GmbH - Herr Melzner

Herr Melzner teilt mit, dass die „Gründungsforum Stadt Lüdinghausen/Kreis Coesfeld GmbH“ aufgelöst worden sei. An der Gesellschaft sei die Stadt Billerbeck mittelbar über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Coesfeld mbH (wfc GmbH) beteiligt. Der Liquidator der Gesellschaft, Herr Heitkamp von der Stadt Lüdinghausen, habe mit der Bezirksregierung abgestimmt, dass auch in diesem Fall analog zur Liquidation der Gründungsforum Stadt und Kreis Coesfeld GmbH zu verfahren ist.

Zur Erläuterung wird auf die als **Anlage 1** dieser Niederschrift beigefügte E-Mail des Geschäftsführers der wfc verwiesen.

13.6. Werbeschild "Oasien" - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf den Hinweis von Herrn Geuking bzgl. des Werbeschildes für das Oasien-Tagespflegehaus in der Langen Straße und teilt mit, dass das Werbeschild inzwischen entfernt wurde.

13.7. Beleuchtung Oberlau-Brücke - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zum Hinweis des Herrn Dittrich auf die tlw. defekte Beleuchtung der Oberlau-Brücke mit, dass man auf Dauer wohl nicht umhin komme, die Beleuchtung zu ersetzen. Die Beleuchtung sei immer wieder defekt und eine abschließende Reparatur wohl nicht möglich.

13.8. Wassertretbecken - Herr Mollenhauer

Bezug nehmend auf den Hinweis des Herrn Spengler, dass sich in dem Wassertretbecken kein Wasser mehr befinde, teilt Herr Mollenhauer mit, dass das Wassertretbecken aufgrund eines Kabelfehlers vorübergehend außer Betrieb genommen werden musste. Danach sei es wieder in Betrieb genommen worden, aber inzwischen im Hinblick auf den anstehenden Winter wieder außer Betrieb.

13.9. Eingang zu den Praxisräumen im ehem. K & K Ladenlokal - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt aufgrund des Hinweises von Herrn Dittrich mit, dass inzwischen das Geländer an dem Behinderteneingang zu den neuen Praxisräumen im ehem. K & K an der Lilienbeck installiert sei.

13.10. Verkehrssituation im Bereich der Realschule - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf einen Hinweis des Herrn Brockamp zur Verkehrssituation im Bereich der Realschule und teilt mit, dass der Be-

zirksdienst der Polizei Billerbeck nach den Herbstferien verstärkt auf die Einhaltung der Verkehrsregelung achten werde.

13.11. Ausstattung der Schulanfänger mit Warnwesten - Herr Messing

Herr Messing teilt aufgrund einer Nachfrage von Herrn Kösters mit, dass die Sparkasse Westmünsterland alle Schulanfänger angeschrieben und auf die Möglichkeit Sicherheitswesten erhalten zu können, hingewiesen habe. Bisher hätten aber noch nicht alle Schulanfänger hiervon Gebrauch gemacht.

13.12. Neuer Sitzungskalender - Herr Messing

Herr Messing verweist auf den allen Ratsmitgliedern vorliegenden neuen Sitzungskalender, der erstmalig auch eine Sitzung für die NKF-Steuerungsgruppe vorsehe. Die Steuerungsgruppe sei wie folgt besetzt:

Ordentliches Mitglied

Herr Fehmer
Herr Brunn
Herr Wilkens
Herr Maas

persönl. Stellvertreter

Herr Kortmann
Herr Tauber
Herr Schlieker
Herr Knüwer

13.13. Belastung des Berkelquelltopfes - Herr Hein

Zur Nachfrage des Herrn Brockamp, ob nicht Seerosen helfen könnten, die negativen chemischen Belastungen des Berkelquelltopfes zu vermindern, teilt Herr Hein mit, dass bei derart sauerstoffzehrenden Bedingungen Seerosen nicht geeignet seien, den Zustand zu verbessern. Inzwischen könne er aber berichten, dass sich ein Student im Rahmen der Bachelorarbeit mit der Verbesserung der Bedingungen der Berkelaue beschäftigen werde.

14. Anfragen

14.1. Arbeiten am Bahnübergang Beerlager Straße - Frau Köhler

Frau Köhler fragt nach, wie lange die Arbeiten am Bahnübergang Beerlager Straße noch andauerten. Für Fußgänger sei es besonders bei Dunkelheit problematisch und gefährlich, die Straßenseite zu wechseln.

Herr Mollenhauer berichtet, dass die Arbeiten an den Bahnübergängen Beerlager Straße und Darfelder Straße Anfang Dezember abgeschlossen

sein sollen. Er habe festgestellt, dass auch die Einsicht in den Straßenraum vom Bahnhof kommend ebenfalls verbessert werden müsse. Die Verwaltung sei am Ball.

14.2. Beweidungskonzept Berkelaue - Herr Flüchter

Herr Flüchter kritisiert die intensive Beweidung im Bereich der Berkelaue.

Frau Dirks berichtet, dass die Haltung der Tiere mit der Unteren Landschaftsbehörde so abgestimmt sei.

Herr Hein ergänzt, dass dort nicht nur Naturschutz betrieben werde, sondern die Berkelaue auch als bewirtschaftete Aue erhalten bleiben soll. Die Viehdichte sei abgestimmt mit der Unteren Landschaftsbehörde.

14.3. Offene Anfragen der Rats- und Ausschussmitglieder - Herr Brockamp

Herr Brockamp erinnert zum wiederholten Mal an die Vorlage der Anfragenliste.

Frau Dirks führt aus, dass der Ratsniederschrift jeweils eine aktuelle Liste beigelegt werde.

Herr Brockamp weist darauf hin, dass die ihm vorliegende Liste vom Mai d. J. stamme.

Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

14.4. Sperrung der K 38 und K 13 - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer kritisiert die seit langem andauernde Sperrung der K 38 und K 13; bisher sei nur ein relativer kurzer Teilbereich ausgebessert worden. Vom Kreisverkehr Oberlau bis zur Kapelle Aulendorf sei überhaupt noch nichts passiert. Sie gehe davon aus, dass jetzt kurz vor dem Winter auch nicht mehr mit den Arbeiten begonnen werde.

Herr Messing erläutert, dass die Sperrung der K 13 aufgrund des Neubaus der Kreisstraße in Aulendorf (K 38) erforderlich sei. Die Kreisstraße in Aulendorf werde in absehbarer Zeit freigegeben. Dann werde der nächste Bauabschnitt zwischen der K 38 und K 13 in Angriff genommen, so dass die Absperrbaken auch in Zukunft stehen bleiben müssten.

Frau Mollenhauer merkt an, dass die Absperrungen von vielen nicht mehr ernst genommen würden, weil sie schon so lange dort stünden. Außerdem sei die Sperrung für die Gaststätte in Aulendorf geschäftsschädigend.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass es sich um Kreisstraßen handle und die Stadt nicht zuständig und handlungsberechtigt sei.

14.5. Edelstahlöpfe auf einem Feld im Bereich Osthellen - Herr Maas

Herr Maas erkundigt sich, was es mit den Edelstahlöpfen auf einem Feld im Bereich Osthellen auf sich habe.

Herr Wiesmann erklärt, dass es sich um einen Sortenversuch für Getreide handle.

14.6. Sitzbank am Bahnhof - Herr Kortmann

Herr Kortmann fragt nach, warum die Sitzbank gegenüber dem Bahnhof an der Bushaltestelle entfernt wurde.

Herr Mollenhauer berichtet, dass die Bank gestohlen wurde.

14.7. Zusammenarbeit der ortsansässigen weiterführenden Schulen - Herr Becks

Herr Becks fragt nach, wie das Schulbudget aufgeteilt werde und wie die Schulen zusammen arbeiteten. Einige Eltern befürchteten, dass die auslaufenden Schulformen nicht ausreichend finanziell ausgestattet würden

Herr Messing erläutert, dass das Budget für die Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschule in einem neuen Produktkonto zusammen gefasst wurde. Die Ausgaben würden in gemeinsamen Gesprächen mit den Schulleitungen abgestimmt. Das Budget sei zwar eng, ihm sei aber nicht bekannt, dass deshalb ein Gegenstand nicht angeschafft werden konnte.

Zur Zusammenarbeit der Schulen führt Herr Messing aus, dass seitens der Verwaltung die Gespräche mit den Schulleitungen koordiniert würden und davon ausgegangen werde, dass auf der nächsten Ebene zusammen gearbeitet werde.

15. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Herr Lothar Hauling erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. der anstehenden Dichtheitsprüfungen.

Herr Hein teilt zunächst mit, dass er die Anfrage der Nachbarschaft, zu der auch Herr Hauling gehört, ausführlich schriftlich beantwortet habe. Er schlage aber dringend ein persönliches Gespräch vor, da nur so die vielen Irrtümer ausgeräumt werden könnten.

Im Übrigen würden der Betriebsausschuss und der Rat festlegen, welche Maßnahmen in welcher zeitlichen Reihenfolge in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden. In Billerbeck gelte die Regelung, dass immer nur dort Dichtheitsprüfungen verlangt werden, wo der Abwasserbetrieb eigene Sanierungsmaßnahmen durchführe. Diese Regelung sei also ausgesprochen bürgerfreundlich und gehe bzgl. der Fristensetzung weit über die in den Nachbarkommunen getroffenen Regelungen hinaus.

Herr Hauling meint, dass doch in einer Absichtserklärung dargelegt werden sollte, dass die Dichtheitsprüfungen möglichst lange in die Zeit gestellt werden.

Herr Hein merkt an, dass Billerbeck nie für den vorseilenden Gehorsam bekannt gewesen sei. Es gebe keine weiterführende gesetzeskonforme Lösung als die, Dichtheitsprüfungen von privaten Bürgern immer nur im Zusammenhang mit Baumaßnahmen des Abwasserbetriebes zu fordern. Es gehe um Zeitabstände, die deutlich über 2023 hinaus gehen können.

Herr Wolfgang Pieper führt aus, dass er im Juli ein an die im Rat vertretenen Parteien gerichtetes Schreiben im Rathaus abgegeben habe. Bislang habe nur eine Partei hierauf geantwortet. Von den übrigen 4 Parteien habe er nichts gehört. Das spreche nicht gerade von Bürgernähe. Sein Ansinnen sei gewesen, dass die Dichtheitsprüfungen möglichst lange in die Zeit gestellt werden.

Der Aussage des Herrn Hein, dass die Stadt Billerbeck bürgerfreundlich sei, stünde der nach der letzten Betriebsausschusssitzung erschienene Presseartikel entgegen, dem zu entnehmen war, dass Dichtheitsprüfungen bis 2015 durchzuführen seien.

Und wenn jetzt gesagt werde, dass der Zeitraum für die Dichtheitsprüfungen weit über das Jahr 2023 hinausgehe, dann höre er das hier zum ersten Mal. Bisher habe er hierüber auch nichts gelesen und auf der homepage des Abwasserbetriebes sei von 2015 die Rede.

Frau Dirks führt aus, dass die Dichtheitsprüfungen lt. Gesetz bis 2015 vorgelegt werden müssen. Hier sei aber Beschlusslage, die Dichtheitsprüfung nicht flächendeckend anzufordern, sondern immer nur im Zusammenhang mit Maßnahmen des Abwasserbetriebes. Sie werde sich Gedanken machen, wie das den Bürgern besser vermittelt werden kann.

Herr Dr. Meyring führt an Herrn Pieper gewandt aus, dass ihm das Schreiben bekannt sei, er es aber als Anregung interpretiert habe und nicht als Brief, der beantwortet werden müsste.

Frau Dirks bricht an dieser Stelle die Diskussion ab mit dem Hinweis, dass das Schreiben des Herrn Pieper nicht an die Verwaltung, sondern an die Parteien gerichtet gewesen sei.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin